

**Juli 2014**

---

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



# ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung .....	2
Breite Mehrheit für gesetzlichen Mindestlohn .....	3
Anschaffung von Drohnen wird mehrheitlich abgelehnt .....	6
Europäische Union: Mehrheit sieht Austrittsdrohung Großbritanniens gelassen.....	7
Politikerzufriedenheit: Merkel gewinnt Spitzenposition zurück.....	8
Geheimdienst-Überwachung: Drei Viertel sehen sich nicht betroffen .....	10
Überwachung aus dem Ausland: Mehrheit sieht sich durch Bundesregierung nicht ausreichend geschützt .....	12
Sonntagsfrage: Politische Stimmung stabil, AfD verliert .....	13
Fußball-WM: Deutschland nach Achtelfinale weiterhin Titelfavorit.....	15
Fußball-WM: Costa Rica ist die größte Überraschung, Titelverteidiger Spanien enttäuscht.....	16

## ARD – DeutschlandTREND Juli 2014

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

### Untersuchungsanlage

---

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)
WDR-Autor	Michael Stempel: 0221 220-3132
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann: 0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe: 030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	1.005 Befragte Sonntagsfrage: 1.505 Befragte
Erhebungszeitraum	30. Juni bis 01. Juli 2014 Sonntagsfrage: 30. Juni bis 02. Juli 2014
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent
Durchführendes Institut: Ihre Ansprechpartner:	infratest dimap Richard Hilmer: 030 53322-113 Reinhard Schlinkert: 0228 32969-3

## Zusammenfassung

Der am Donnerstag im Bundestag beschlossene Mindestlohn entspricht dem Willen einer großen Mehrheit der Bevölkerung: Fast neun von zehn Bürgern (88 Prozent) sprechen sich für die Einführung des Mindestlohns aus. Umstritten ist indes die Frage ob es für einzelne Gruppen, wie z.B. Praktikanten oder Saisonarbeiter, Ausnahmeregelungen geben soll. Jeder Zweite (51 Prozent) lehnt derartige Ausnahmeregelungen ab, fast ebenso viele (46 Prozent) sprechen sich aber für Ausnahmen aus. Dass der Mindestlohn Arbeitsplätze kosten könnte, bezweifelt eine Mehrheit der Deutschen (68 Prozent).

Zur Anschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen für die Bundeswehr, hat die Bevölkerung eine klare Meinung: 64 Prozent sind der Ansicht, die deutschen Streitkräfte sollten auf die Anschaffung von „Kampfdrohnen“ verzichten, lediglich 30 Prozent sind dafür.

Die Nominierung Jean-Claude Junckers als neuen Präsidenten der EU-Kommission findet in Deutschland ein positives Echo: Gut die Hälfte der Bevölkerung (53 Prozent) erwartet, dass der ehemalige Chef der Euro-Gruppe sein künftiges Amt gut ausfüllen wird. Lediglich 20 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Die mit der Wahl Junckers verbundene Drohung des britischen Premierministers, aus der EU auszutreten, schreckt die Deutschen nicht: Mehr als die Hälfte (57 Prozent) kann sich die EU auch ohne Großbritannien vorstellen. Die Bundeskanzlerin kann nach der Kritik an ihrer zunächst zögerlichen Haltung bei der Nominierung ihren Rückhalt in der Bevölkerung wieder ausbauen: Derzeit sind 71 Prozent der Wahlberechtigten mit ihrer Arbeit zufrieden. Mit einem Plus von 5 Punkten im Vergleich zum Juni setzt sich Merkel wieder an die Spitze der Rangliste.

Vor rund einem Jahr wurde die umfangreiche Überwachung von Telefon- und Internetkommunikation durch amerikanische und britische Geheimdienste bekannt. Nur ein Fünftel der Deutschen (21 Prozent) macht sich Sorgen, dass sie hiervon persönlich betroffen sind. In Folge dessen ist auch nur eine Minderheit (21 Prozent) vorsichtiger geworden mit dem, was sie am Telefon sagt und in E-Mails schreibt. Immerhin zwei Drittel (65 Prozent) sehen sich gleichwohl durch die Bundesregierung nicht ausreichend vor Überwachung aus dem Ausland geschützt.

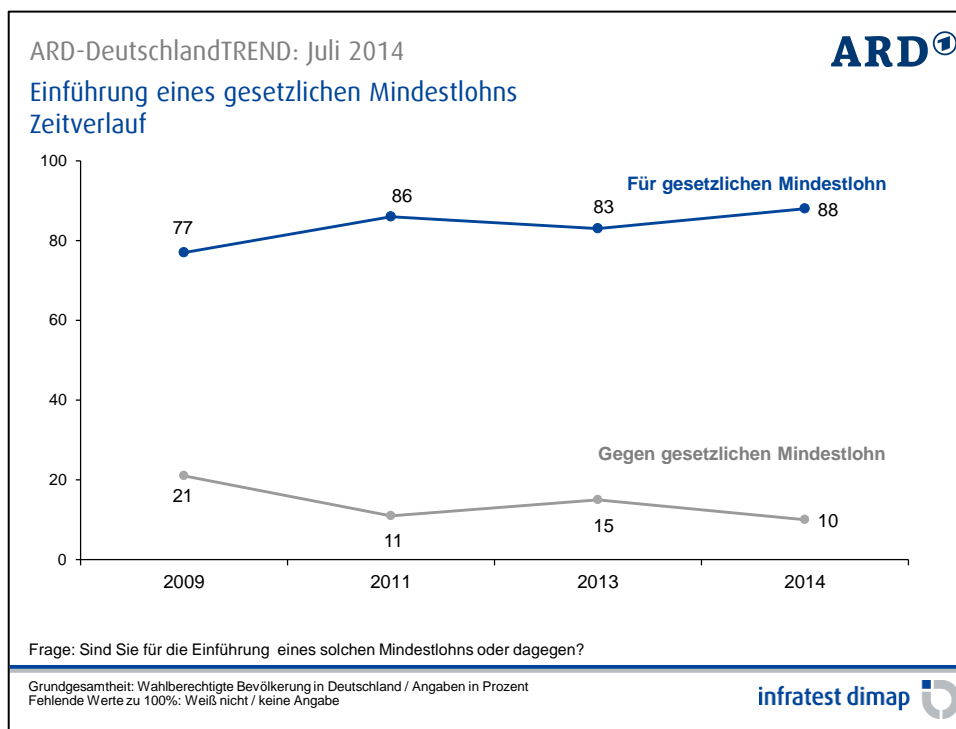
Die politische Stimmung ist weitgehend stabil: Derzeit käme die Union auf 39 Prozent (+1 Punkt im Vergleich zum Juni). Die SPD würde erneut 26 Prozent erreichen. Ebenfalls unverändert wären Grüne (11 Prozent), Linke (9 Prozent) und die FDP (4 Prozent), die unterhalb der Mandatsschwelle verharrt. Die AfD erreicht nach Verlusten einen Anteil von 5 Prozent (-2).

Die deutsche Fußball-Nationalelf ist für die Mehrheit der Bundesbürger nach wie vor der Top-Favorit für den WM-Titel. Aktuell trauen 51 Prozent der von Joachim Löw trainierten Mannschaft den Turniersieg zu. Allerdings sind die Erwartungen nach dem knappen Erfolg gegen Algerien verhaltener. Glaubten unmittelbar vor dem Achtelfinale noch 55 Prozent an einen Titelgewinn der Deutschen, rechneten damit am Tag danach nur noch 47 Prozent.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND Juli 2014, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

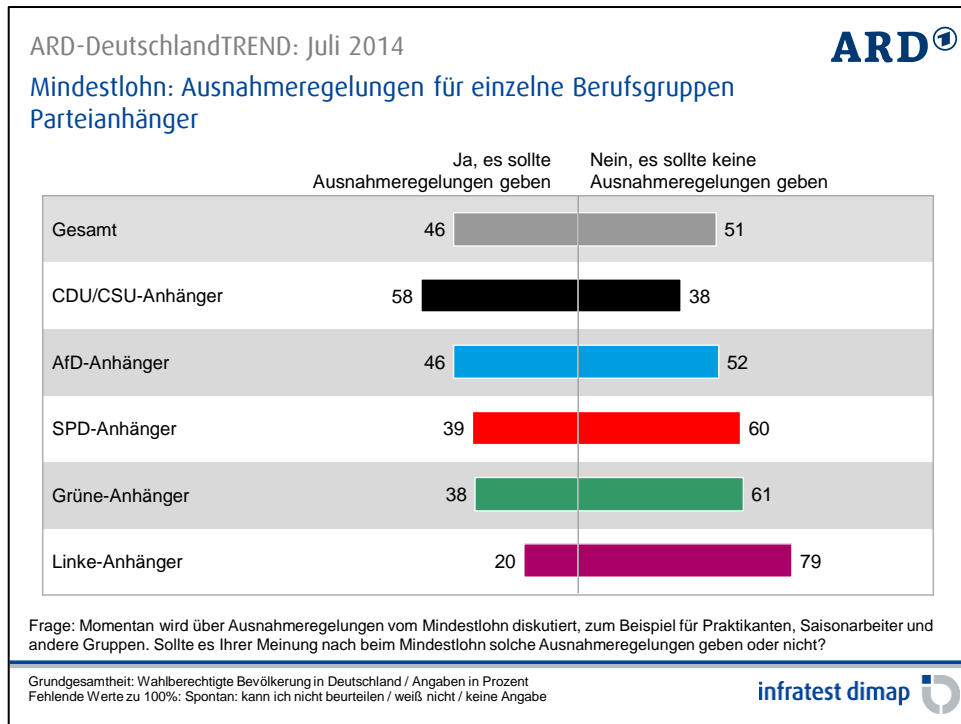
## Breite Mehrheit für gesetzlichen Mindestlohn

Am heutigen Donnerstag wurde im Bundestag die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns verabschiedet. Bis zuletzt wurde intensiv über die Details zur Ausgestaltung, insbesondere über die möglichen Ausnahmeregelungen für bestimmte Beschäftigtengruppen, diskutiert. Der Mindestlohn selbst ist im Prinzip nicht mehr umstritten, und dies entspricht auch dem Willen einer großen Mehrheit der Bevölkerung, die den Mindestlohn bereits seit Jahren befürwortet. Derzeit sprechen sich fast neun von zehn Bürgern (88 Prozent) für die Einführung des Mindestlohns aus, nur jeder Zehnte (10 Prozent) hält ihn für einen Fehler.

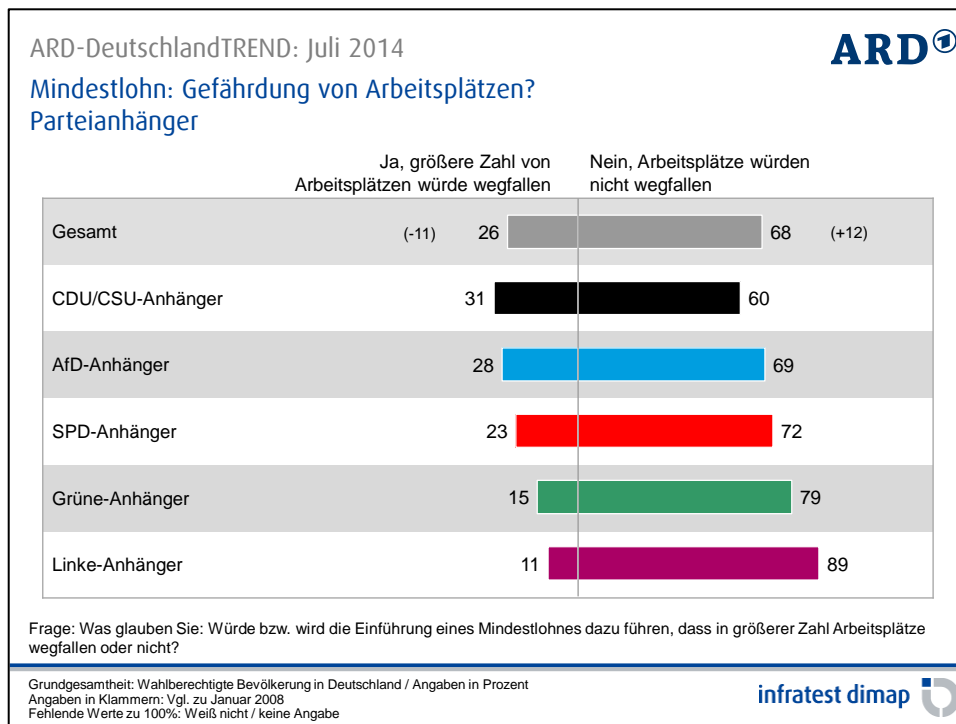


Eher umstritten ist indes die Frage, ob es für einzelne Gruppen, wie z.B. Praktikanten oder Saisonarbeiter, Ausnahmeregelungen geben soll. Jeder Zweite (51 Prozent) lehnt derartige Ausnahmeregelungen ab, fast ebenso viele (46 Prozent) sprechen sich aber dafür aus, Ausnahmen zuzulassen.

Für eine lückenlose Einführung des Mindestlohns plädieren insbesondere die Anhänger der Linken, der Grünen und der SPD. Bei den Anhängern der AfD findet eine Einführung ohne Ausnahmen eine knappe Mehrheit, die Unions-Anhängerschaft erachtet hingegen Ausnahmeregelungen mehrheitlich als sinnvoll.



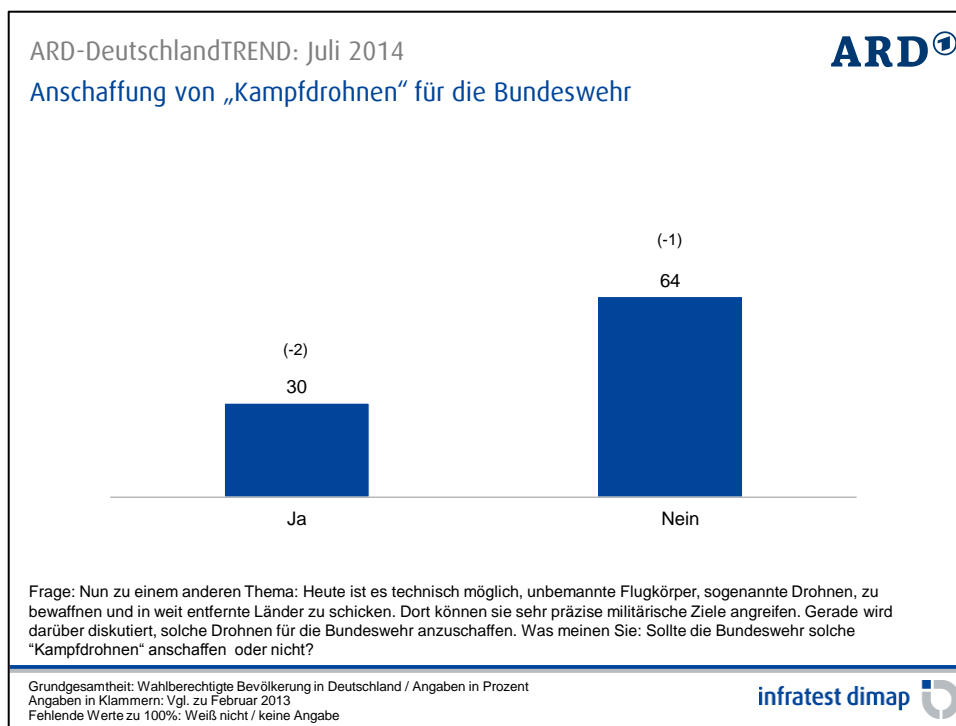
Ein Argument gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns war stets die Befürchtung, dadurch Arbeitsplätze zu verlieren. Mit solchen negativen Effekten auf den Arbeitsmarkt rechnet allerdings eine Mehrheit der Deutschen (68 Prozent) nicht. Lediglich ein Viertel (26 Prozent) glaubt, dass durch die Einführung des Mindestlohn Arbeitsplätze gefährdet werden.. In dieser Frage sind sich die Anhänger aller politischen Lager überwiegend einig.





## Anschaffung von Drohnen wird mehrheitlich abgelehnt

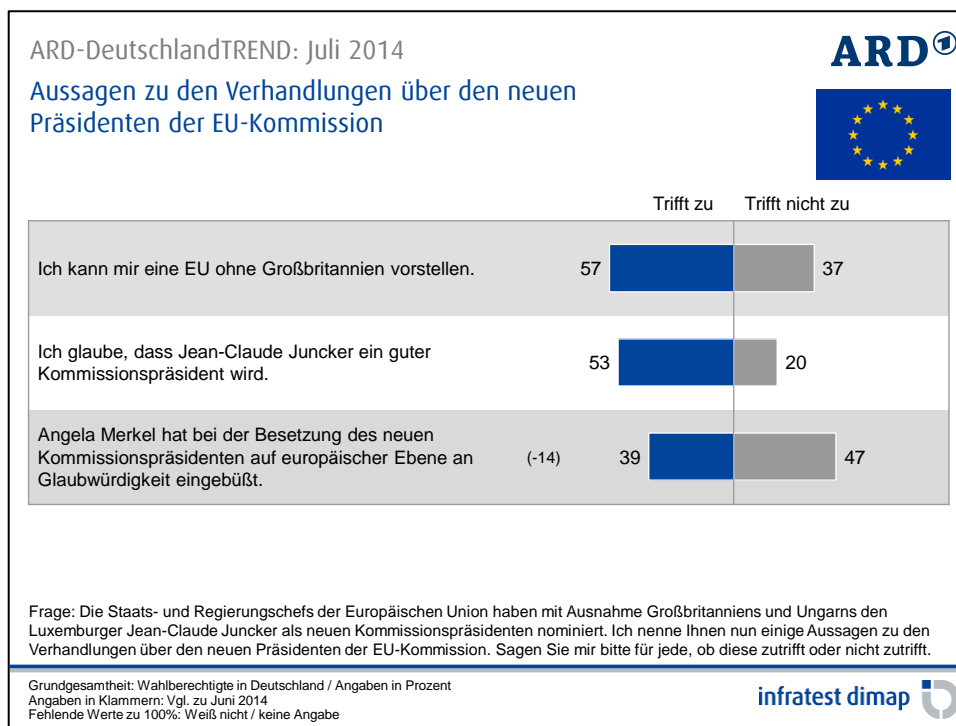
Die Anschaffung von unbemannten Fluggeräten („Drohnen“) für die Bundeswehr ist umstritten. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat sich grundsätzlich für die Beschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen bekannt. In der Bevölkerung ist allerdings eine klare Mehrheit (64 Prozent) der Ansicht, die Bundeswehr solle auf die Anschaffung von „Kampfdrohnen“ verzichten. Lediglich 30 Prozent vertreten die gegenteilige Auffassung.



Im Lager der Unionsparteien fällt die Zahl der Befürworter deutlich höher aus, sie bleiben aber mit 45 Prozent dennoch knapp in der Minderheit, 49 Prozent der Unions-Anhänger lehnen die Anschaffung von Drohnen ab. Die Anhänger aller anderen Parteien plädieren mit deutlichen Mehrheiten gegen eine Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen.

## Europäische Union: Mehrheit sieht Austrittsdrohung Großbritanniens gelassen

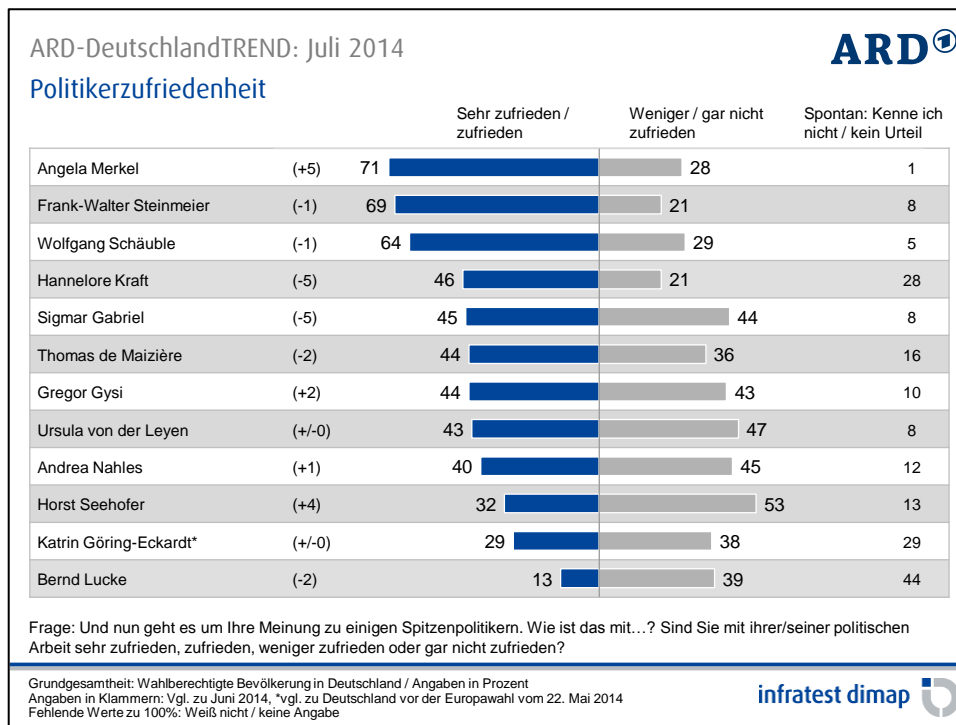
Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben - mit Ausnahme Großbritanniens und Ungarns - Jean Claude Juncker als neuen Kommissionspräsidenten nominiert. In Deutschland glaubt gut die Hälfte der Bevölkerung (53 Prozent), dass der ehemalige Chef der Euro-Gruppe sein künftiges Amt gut ausfüllen wird. Lediglich 20 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Die Drohung des britischen Premiers David Cameron, bei einer Wahl Junckers aus der Europäischen Union auszutreten, sehen die Deutschen gelassen: Mehr als die Hälfte (57 Prozent) kann sich die EU auch ohne Großbritannien vorstellen. Diese Ansicht teilen die Anhänger der AfD, der Linken, der Union und SPD. Lediglich unter den Anhängern der Grünen kann sich eine knappe Mehrheit die EU nicht ohne den Inselstaat vorstellen.



Bei der Diskussion um die Nominierung des Kommissionspräsidenten wurde Angela Merkel für ihre zunächst zögerliche Haltung kritisiert. Nach der Nominierung Junckers glauben aber deutlich weniger Deutsche als noch im Juni (39 Prozent, -14), dass die deutsche Kanzlerin dadurch Glaubwürdigkeit auf Europäischer Ebene eingebüßt hat.

## Politikerzufriedenheit: Merkel gewinnt Spitzenposition zurück

Die rückläufige Kritik an der Haltung Angela Merkels bei der Nominierung des Kommissionspräsidenten geht einher mit einem persönlichen Reputationsgewinn der Kanzlerin. Sie konnte in den letzten Wochen wieder an Vertrauen bei den Bundesbürgern gewinnen und hat sich durch ein Plus von 5 Punkten im Vergleich zum Juni mit 71 Prozent an die Spitze der beliebtesten Politiker gesetzt. Merkel löst damit Außenminister Frank-Walter Steinmeier als Spitzenreiter ab. Der Sozialdemokrat rangiert knapp hinter der Regierungschefin und wird fast unverändert zum Vormonat von 69 Prozent (-1) gelobt. Zum Spitzentrio zählt weiterhin auch Finanzminister Wolfgang Schäuble, mit dessen Leistungen 64 Prozent (-1) zufrieden sind.

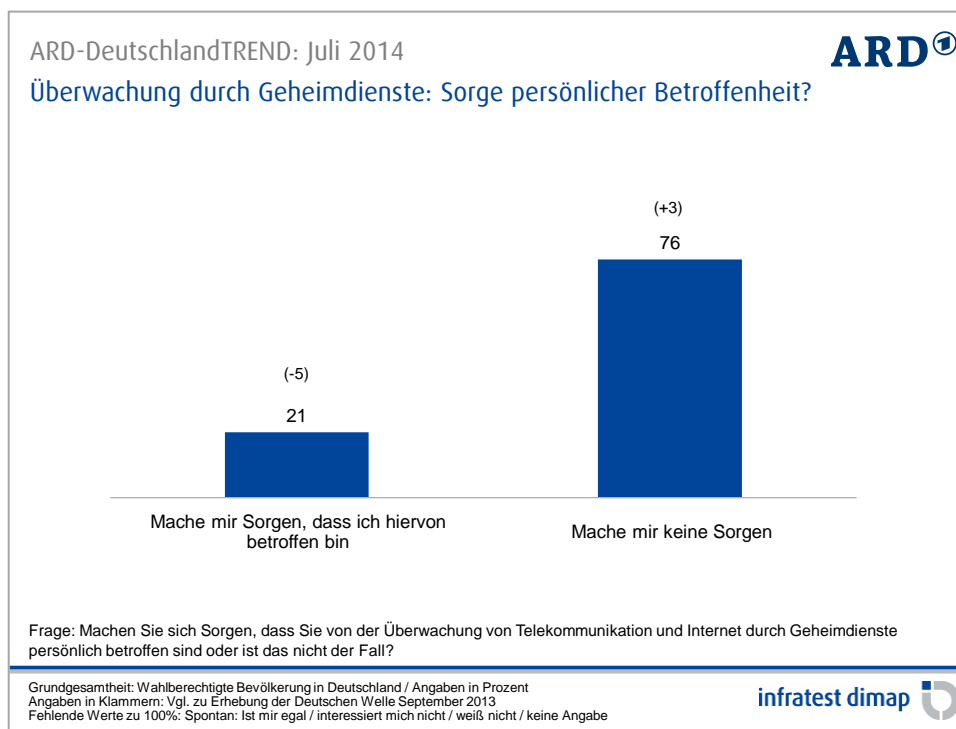


Mit deutlichem Abstand folgen zwei sozialdemokratische Politiker, die im Vergleich zum Vormonat merkliche Verluste hinnehmen müssen: Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft kommt auf einen Zustimmungswert von 46 Prozent, Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel von 45 Prozent (jeweils -5 Punkte). Ebenfalls im Mittelfeld liegen Innenminister Thomas de Maizière (44 Prozent, -2), der Fraktionschef der Linken Gregor Gysi (44 Prozent, +2) und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (43 Prozent, +/-0). Arbeitsministerin Andrea Nahles wird von 40 Prozent der Bürger (+1) für ihre Arbeit gelobt.

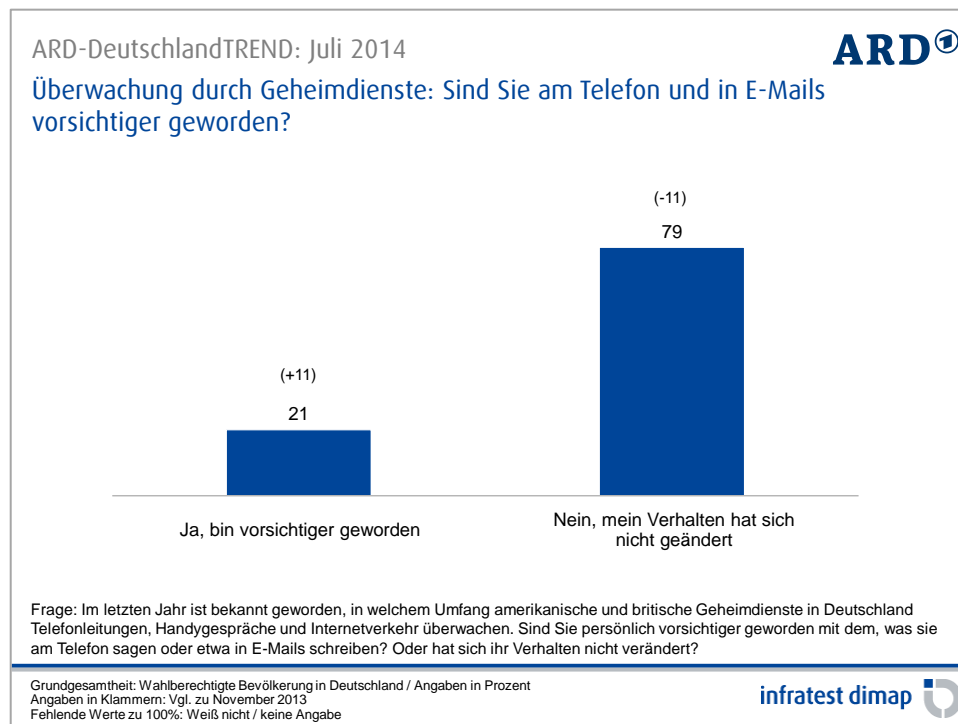
Mit Blick auf das politische Wirken des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer ziehen die Bundesbürger eine deutlich negative Bilanz. Trotz einer leichten Erholung zum Vormonat ist lediglich ein Drittel zufrieden mit seiner Arbeit (32 Prozent, + 4), die kritischen Stimmen überwiegen deutlich (53 Prozent). Auch die Fraktionschefin der Grünen Katrin Göring-Eckardt erhält mehr negative (38 Prozent) als positive (29 Prozent) Bewertungen, wobei sich drei von zehn Bürgern (29 Prozent) kein Urteil über ihre politische Arbeit zutrauen. Dies gilt noch in höherem Maße für den AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke, den 44 Prozent nicht beurteilen können. Sofern ein Urteil abgegeben wird, fällt es kritisch aus, denn die positiven Stimmen (39 Prozent) sind dreimal so hoch wie die negativen (13 Prozent).

## Geheimdienst-Überwachung: Drei Viertel sehen sich nicht betroffen

Vor rund einem Jahr wurde die umfangreiche Überwachung von Telefon- und Internetkommunikation durch amerikanische und britische Geheimdienste bekannt. Auch wenn diese Enthüllungen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden in den Medien breit diskutiert wurde, ist die Sorge in der Bevölkerung gering, von den Geheimdienstaktivitäten persönlich betroffen zu sein. Dies befürchtet lediglich ein Fünftel der Bevölkerung (21 Prozent) in Deutschland. Demgegenüber machen sich drei Viertel (76 Prozent) keine Sorgen, dass sie im Fokus der Überwachung stehen könnten.

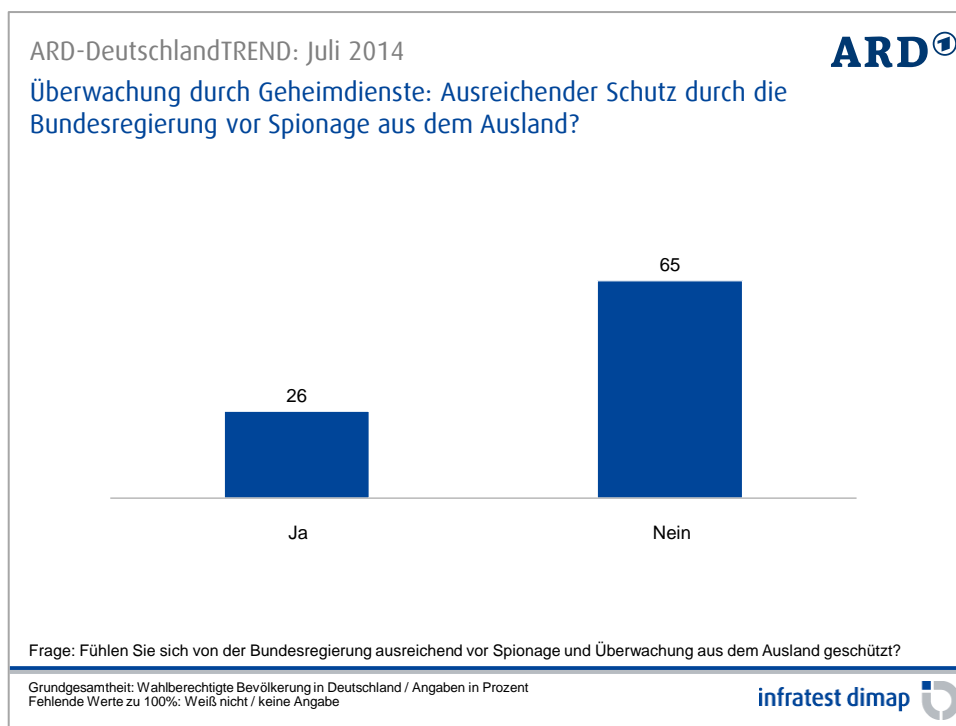


Da die Sorge vor Überwachung gering ist, hat auch nur eine Minderheit ihr Kommunikationsverhalten per Telefon oder Internet verändert: 21 Prozent geben an, dass sie vorsichtiger geworden sind. Dies ist zwar ein Anstieg von 11 Punkten im Vergleich zum November letzten Jahres, allerdings hat eine große Mehrheit ihr Verhalten nicht unverändert (79 Prozent).



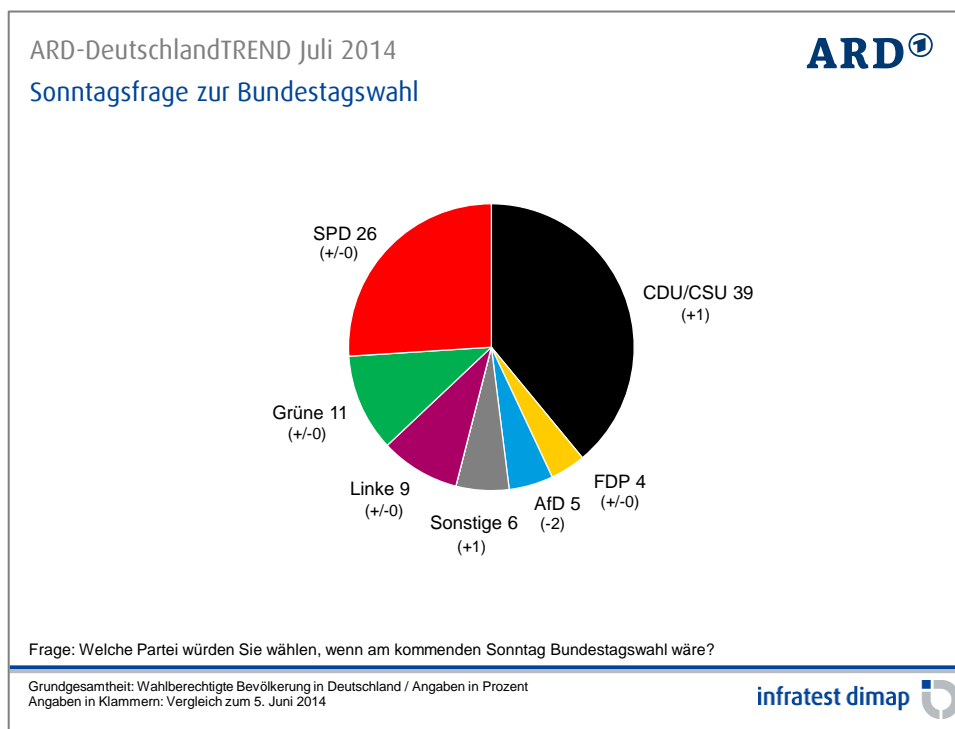
## Überwachung aus dem Ausland: Mehrheit sieht sich durch Bundesregierung nicht ausreichend geschützt

Den Schutz der Bundesregierung hält man jedoch nicht für ausreichend. Lediglich ein Viertel der Deutschen (26 Prozent) fühlt sich von der Bundesregierung ausreichend vor Spionage und Überwachung aus dem Ausland geschützt. Rund zwei Drittel (65 Prozent) sind der Meinung, dass die schwarz-rote Koalition die Bürger hierzulande nicht ausreichend vor dem Zugriff auf deren private Kommunikationsdaten schützt.



## Sonntagsfrage: Politische Stimmung stabil, AfD verliert

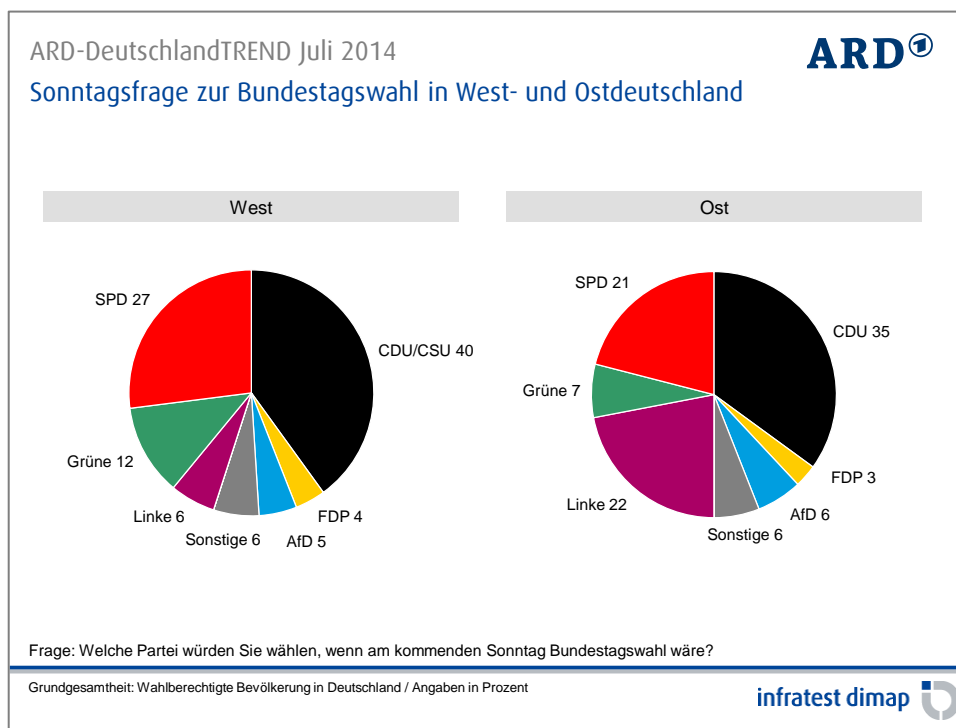
Die politische Stimmung in Deutschland ist weitgehend stabil. Wenn bereits am nächsten Sonntag der Bundestag erneut gewählt würde, käme die Union auf einen Stimmenanteil von 39 Prozent. Dies entspricht einem Plus von einem Punkt im Vergleich zu Anfang Juni. Die Sozialdemokraten würden wie im Vormonat 26 Prozent erreichen. Ebenfalls unverändert wären die Wähleranteile von Bündnis90/Die Grünen (11 Prozent) und Die Linke (9 Prozent). Die FDP verharrt weiterhin unterhalb der Mandatsschwelle (4 Prozent). Die Alternative für Deutschland erreichte im Juni nach ihrem Erfolg bei der Europawahl ihr bisheriges Rekordergebnis im ARD-DeutschlandTREND, kann dies aber nicht halten: Aktuell würde die AfD einen Wähleranteil von 5 Prozent erzielen – ein Minus von 2 Punkten binnen Monatsfrist. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 6 Prozent (+1) der Stimmen auf sich vereinen.





Die AfD verliert in West- wie Ostdeutschland, wobei sie mit 6 Prozent in den östlichen Bundesländern nach wie vor etwas stärker abscheidet als in den westlichen Bundesländern mit 5 Prozent.

Mit Abstand stärkste Partei in West wie Ost ist weiterhin die Union. In den alten Bundesländern erreicht sie 40 Prozent und liegt damit deutlich vor der SPD, die 27 Prozent erreicht. Grüne (12 Prozent), Linke (6 Prozent) und FDP (4 Prozent) halten ihre Stimmenanteile stabil.

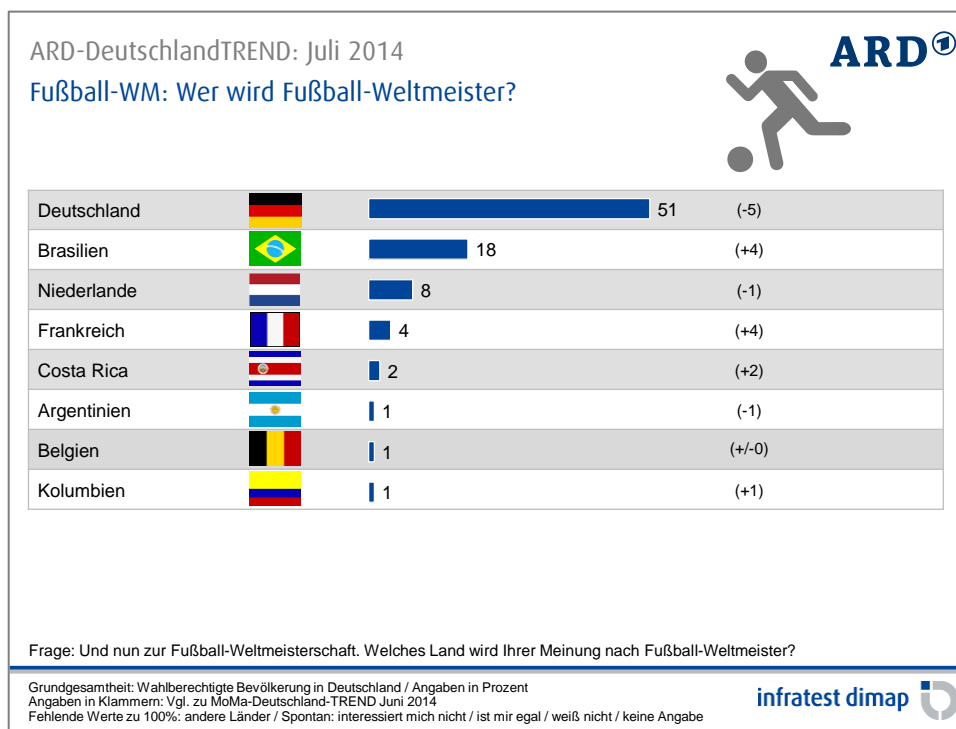


Auch in den neuen Bundesländern dominiert die CDU mit 35 Prozent. Linke (22 Prozent) und SPD (21 Prozent) liegen nahezu gleichauf deutlich dahinter. Die Grünen kommen im Osten auf 7 Prozent. Die FDP (3 Prozent) bleibt trotz leichter Verbesserung unter der 5-Prozentmarke.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

## Fußball-WM: Deutschland nach Achtelfinale weiterhin Titelfavorit

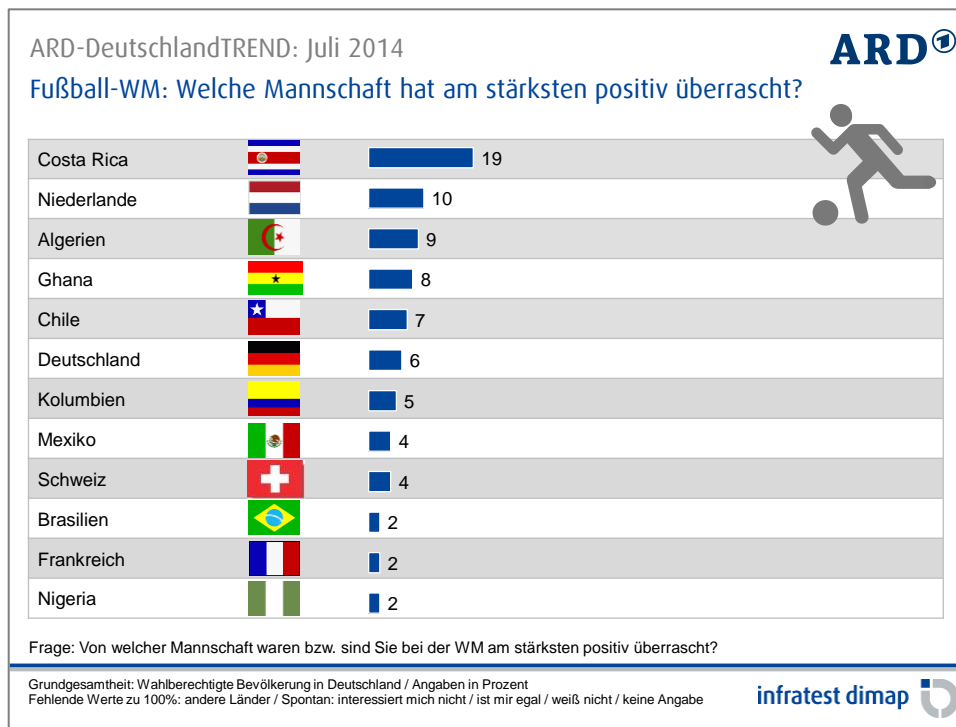
Die deutsche Fußball-Nationalelf ist für die Mehrheit der Bundesbürger nach wie vor der größte Favorit für den Titelgewinn in Brasilien. Dies gilt auch nach dem Achtelfinale gegen Algerien, bei dem das DFB-Team streckenweise große Schwierigkeiten hatte: Aktuell trauen 51 Prozent der von Joachim Löw trainierten Mannschaft den Gewinn der Weltmeisterschaft zu. Allerdings sind die Erwartungen nach dem knappen Erfolg gegen Algerien verhaltener. Glaubten unmittelbar vor dem Achtelfinale noch 55 Prozent an einen Titelgewinn der Deutschen, rechneten am Tag danach nur noch 47 Prozent mit einem Turniersieg der deutschen Auswahl.



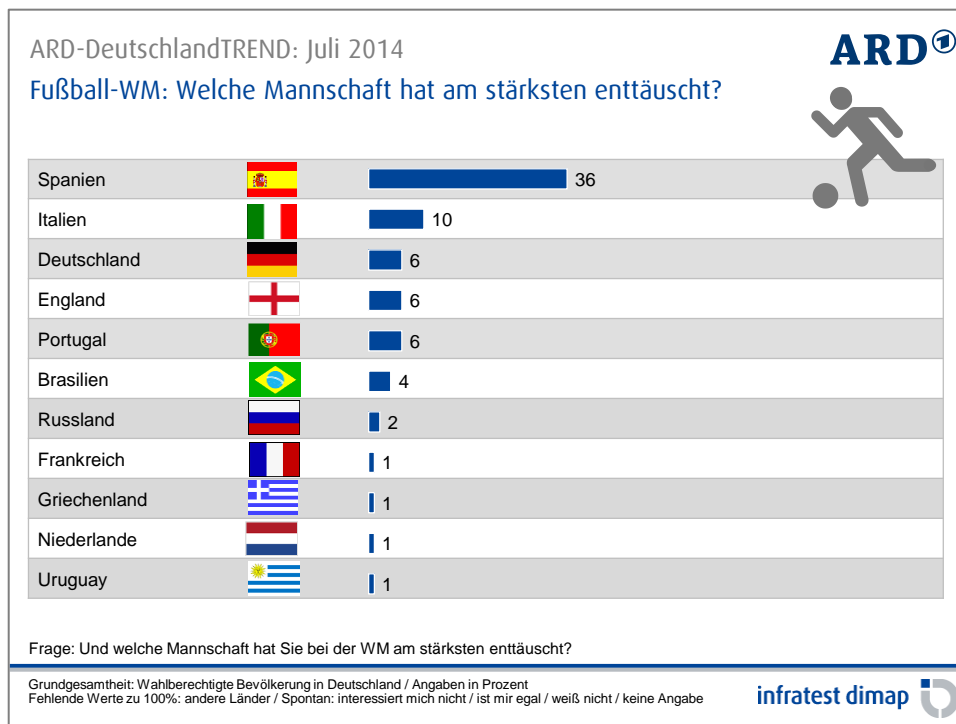
Knapp ein Fünftel (18 Prozent, +4 im Vergleich zu Mitte Juni) rechnet damit, dass Gastgeber Brasilien seinen sechsten Weltmeistertitel holen wird. Knapp jeder Zehnte (8 Prozent) traut den Niederländern den Titelgewinn zu. Frankreich (4 Prozent, +4) und Costa Rica (2 Prozent, +2) konnten sich zwar im Laufe des Turniers steigern, haben nach Ansicht der Bürger hierzulande aber immer noch eher geringe Chancen auf den Titelgewinn.

## Fußball-WM: Costa Rica ist die größte Überraschung, Titelverteidiger Spanien enttäuscht

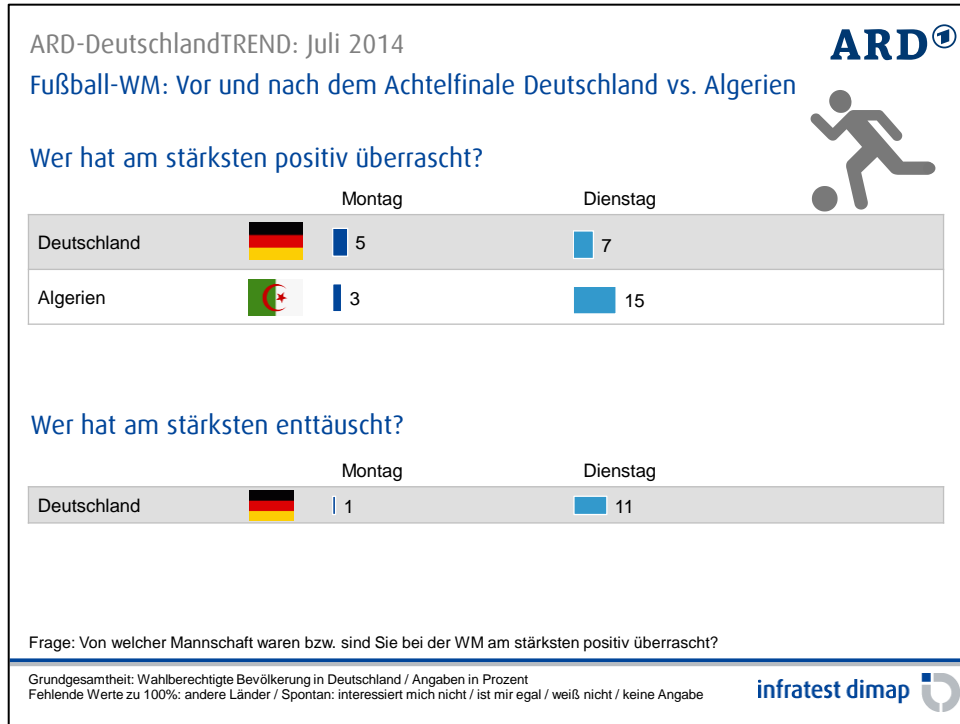
Nach Ansicht der Deutschen ist die Elf aus Costa Rica die bisher größte Überraschung bei der Fußball-WM: Nach der erfolgreichen Gruppenphase und ihrem erstmaligen Einzug ins Viertelfinale geben knapp fünf von zehn Bürgern (19 Prozent) an, das sie das Team aus Costa Rica am meisten überrascht hat. Jeder Zehnte (10 Prozent) hält die niederländische Mannschaft für die größte Überraschung, 9 Prozent loben Algerien für seine unerwartet gute Leistung. Das DFB-Team hat die Erwartungen von 6 Prozent der Bundesbürger übertroffen.



Die größte Enttäuschung nach dem bisherigen Turnierverlauf ist der bereits in der Gruppenphase ausgeschiedene Titelverteidiger Spanien (36 Prozent). Jeder Zehnte ist von Italien - dem Weltmeister von 2006 - am stärksten enttäuscht. Aufgrund ihres frühen Ausscheidens sind auch England und Portugal teilweise hinter den Erwartungen der Bundesbürger (jeweils 6 Prozent) zurückgeblieben.



Aber auch Enttäuschung über die deutsche Elf ist nach dem knappen Sieg im Achtelfinale größer geworden, während Algerien in dieser Partie positiv überraschte.



--  
Richard Hilmer  
Reinhard Schlinkert